

Adriaans, Jule; Eisnecker, Philipp; Liebig, Stefan

Article

Gerechtigkeit im europäischen Vergleich: Verteilung nach Bedarf und Leistung in Deutschland besonders befürwortet

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Adriaans, Jule; Eisnecker, Philipp; Liebig, Stefan (2019) : Gerechtigkeit im europäischen Vergleich: Verteilung nach Bedarf und Leistung in Deutschland besonders befürwortet, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 86, Iss. 45, pp. 817-825, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2019-45-1

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/206702>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

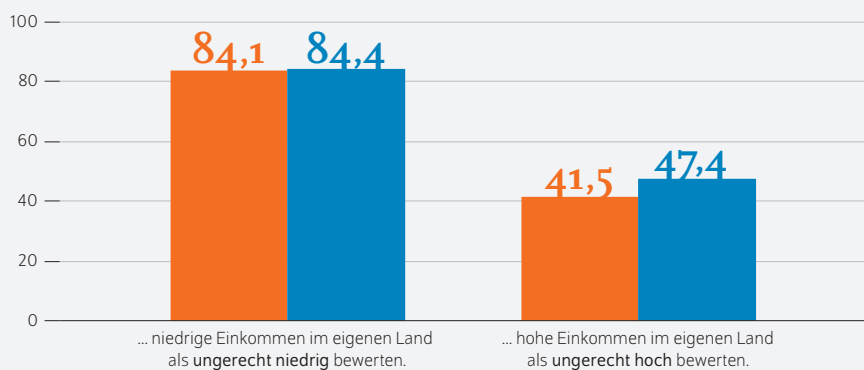
Gerechtigkeit im europäischen Vergleich: Verteilung nach Bedarf und Leistung in Deutschland besonders befürwortet

Von Jule Adriaans, Philipp Eisnecker und Stefan Liebig

- Studie untersucht Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland und dem Rest Europas anhand des European Social Survey (ESS)
- Niedrige Bruttoerwerbseinkommen werden europaweit von Mehrheit als ungerechterweise zu niedrig bewertet
- Hohe Einkommen werden in Deutschland seltener als ungerechterweise zu hoch bewertet als im sonstigen Europa
- Das eigene Bruttoerwerbseinkommen wird in Deutschland besonders häufig als gerecht bewertet
- Große Mehrheit befürwortet Leistungs- und Bedarfsprinzip, in Deutschland noch häufiger als in Europa

Befragte in Deutschland bewerteten hohe Einkommen seltener als ungerecht hoch als der Rest Europas; bei niedrigen Einkommen sind sie sich einig

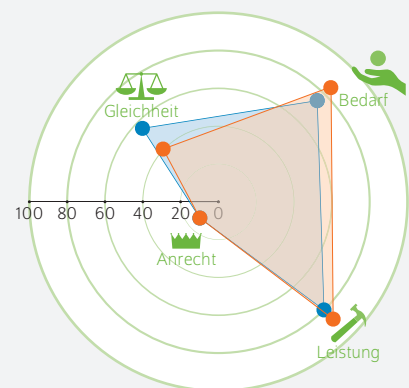
Anteil der Befragten, welche ...



Quelle: European Social Survey, Welle 9 (2018), gewichtet.

■ Deutschland ■ Sonstiges Europa

Zustimmung zu Verteilungsprinzipien (Prozent)



© DIW Berlin 2019

ZITAT

„Die Verteilung von Gütern und Lasten in einer gerechten Gesellschaft sollte sich nach Meinung der EuropäerInnen und stärker noch der Befragten in Deutschland an Bedarf und Leistung orientieren. Es ist also nicht nur wichtig, Löhne zu zahlen, die den individuellen Bedarf decken können, sondern auch Löhne, die die individuelle Leistung wertschätzen und anerkennen.“ — Jule Adriaans —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Jule Adriaans
www.diw.de/mediathek

Gerechtigkeit im europäischen Vergleich: Verteilung nach Bedarf und Leistung in Deutschland besonders befürwortet

Von Jule Adriaans, Philipp Eisnecker und Stefan Liebig

ABSTRACT

Anhand aktueller Daten des European Social Survey (ESS) wird die Wahrnehmung der nationalen Erwerbseinkommensgerechtigkeit in Deutschland und mit derjenigen im Rest Europas verglichen. Die große Mehrzahl der europäischen Befragten schätzt niedrige Bruttoerwerbseinkommen als ungerechterweise zu niedrig ein. Hohe Einkommen hingegen werden in Deutschland seltener als zu hoch eingeschätzt als im Rest Europas. Knapp die Hälfte der Europäerinnen und Europäer bewertet das eigene Bruttoerwerbseinkommen als gerecht, wobei gilt: Je höher das eigene Einkommen, desto eher wird dieses als gerecht bewertet. Auffällig ist, dass in Deutschland dieser Zusammenhang besonders stark ist. Grundsätzlich empfinden es die Befragten in Europa und insbesondere in Deutschland als gerecht, dass Güter und Lasten nach Bedarf und Leistung verteilt werden. Das Gleichheitsprinzip wird in Deutschland dagegen häufiger als in anderen europäischen Ländern abgelehnt. Bedarfs- und leistungsgerichtete Löhne sind also nötig, damit die Ungleichheit bei den Erwerbseinkommen nicht als zu ungerecht empfunden wird.

Nach dem Schock der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren ab 2008 hat sich die wirtschaftliche Situation in den meisten Ländern der EU wieder entspannt. Insbesondere Deutschland verzeichnete in den letzten Jahren eine starke Konjunktur und eine deutliche Zunahme der Beschäftigtenquote. Dies heißt allerdings nicht, dass ein solcher Aufschwung auch bei allen gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen angekommen ist. Stattdessen könnten nur bestimmte Gruppen profitiert haben. Große Unterschiede zwischen den Ländern der EU bestehen beispielsweise bei der ungleichen Verteilung von Einkommen (Abbildung 1): So hat sich etwa die bestehende Ungleichheit in den südeuropäischen Ländern seit der Krise bis 2015 nochmals vergrößert. In Deutschland ist spätestens seit dem Jahr 2012 ebenfalls eine ansteigende Einkommensungleichheit zu beobachten.¹

Ungleichheit wird jedoch nicht zwangsläufig als Ungerechtigkeit wahrgenommen. Einkommensunterschiede können beispielsweise als legitimes Resultat von Leistungsunterschieden bewertet werden und somit „gerechte Ungleichheiten“ widerspiegeln. Die empirische Gerechtigkeitsforschung zeigt allerdings: Wenn Ungleichheiten als ungerecht bewertet werden, reagieren die Personen mit einer Verminderung ihrer Leistung am Arbeitsplatz, zeigen geringere politische Beteiligung, geringeres Vertrauen zu anderen und weisen häufiger psychische und physische Krankheitssymptome auf.²

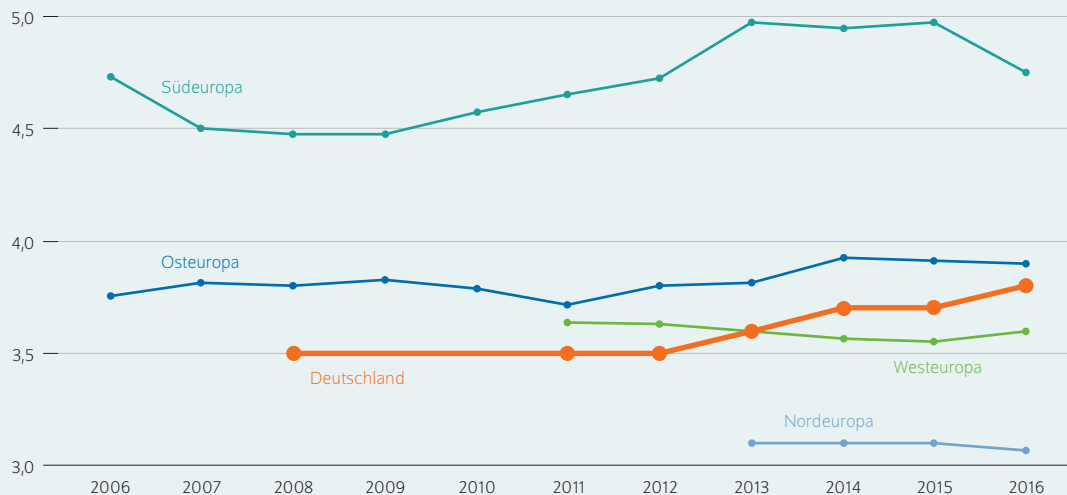
¹ Zu der zunehmenden Ungleichheit von Haushaltseinkommen siehe auch Markus M. Grabka, Jan Goebel und Stefan Liebig (2019): Wiederanstieg der Einkommensungleichheit – aber auch deutlich steigende Realeinkommen. DIW Wochenbericht Nr. 19, 343–353 (online verfügbar, abgerufen am 18. Oktober 2019). Dies gilt für alle Onlinequellen in diesem Bericht, sofern nicht anders vermerkt. Auch die Ungleichheit von Vermögen in Deutschland hat im Vergleich der Zeiträume 2008–2011 und 2011–2015 zugenommen. Vgl. Stefan Bach, Andreas Thiemann und Aline Zucco (2018): Looking for the Missing Rich: Tracing the Top Tail of the Wealth Distribution. DIW Discussion Paper Nr. 1717 (online verfügbar).

² Siehe hierzu Jule Adriaans und Stefan Liebig (2018): Ungleiche Einkommensverteilung in Deutschland grundsätzlich akzeptiert, aber untere Einkommen werden als ungerecht wahrgenommen. DIW Wochenbericht Nr. 37, 802–807 (online verfügbar); Reinhard Schunck, Carsten Sauer, und Peter Valet (2015): Unfair Pay and Health: The Effects of Perceived Injustice of Earnings on Physical Health. *European Sociological Review* 31 (6), 655–666; Carsten Sauer und Peter Valet (2013): Less is Sometimes More: Consequences of overpayment on job satisfaction and absenteeism. *Social Justice Research* 26 (2), 132–150; Jason A. Colquitt und Jessica B. Rodell. (2011): Justice, Trust, and Trustworthiness: A Longitudinal Analysis Integrating Three Theoretical Perspectives. *Academy of Management Journal* 54 (6), 1183–1206.

Abbildung 1

Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen in Europa

Verhältnis des verfügbaren Haushaltseinkommens des einkommensstärksten Zehntels gegenüber dem einkommensschwächsten Zehntel nach Ländergruppen und Erhebungsjahr



Lesebeispiel: Ein Wert von vier bedeutet, dass Personen im höchsten Zehntel der Einkommensverteilung mindestens viermal so viel Einkommen zur Verfügung haben wie Personen im niedrigsten Zehntel der Einkommensverteilung.

Anmerkungen: Ländergruppen: Südeuropa (Griechenland, Italien, Portugal, Spanien); Osteuropa (Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn); Westeuropa (Belgien, Frankreich, Irland, Niederlande, Österreich, Vereinigtes Königreich); Nordeuropa (Dänemark, Finnland, Schweden). Südeuropa: Durchschnittswert 2006 ohne Spanien. Westeuropa: Durchschnittswert 2011 ohne Frankreich.

Quelle: OECD (2019), Income inequality (indicator) (online verfügbar, abgerufen am 15. Oktober 2019).

© DIW Berlin 2019

In Deutschland hat sich die Einkommensungleichheit seit 2012 verstärkt.

Auf Basis aktueller europaweiter Daten des European Social Survey (ESS; Kasten 1) wird daher in dieser Studie untersucht, wie die objektiven Einkommensungleichheiten in Europa subjektiv bewertet werden. Dabei interessiert vor allem, wie sich diese Bewertungen in Deutschland vom europäischen Durchschnitt unterscheiden. Wird die Situation im eigenen Land von den Befragten in Deutschland negativer oder positiver wahrgenommen als in anderen Ländern Europas? Im Fokus steht dabei eine bestimmte Form sozialer Ungleichheit: die Ungleichheit der Erwerbseinkommen. Befragt wurden 33972 Bürgerinnen und Bürger Europas – Erwerbstätige und nicht Erwerbstätige –, wie sie die Bruttoerwerbseinkommen Vollzeitbeschäftigter am oberen und unteren Rand der Einkommensverteilung in ihrem jeweiligen Land und gegebenenfalls ihr eigenes Erwerbseinkommen bewerten.

Außerdem wird der Frage nachgegangen, welche grundlegenden Prinzipien der Verteilung von Gütern und Lasten in einer Gesellschaft die Befragten unterstützen: Sollen Güter und Lasten auf alle gleich verteilt werden oder sollen die individuellen Leistungen, die Bedürfnisse oder die erworbenen Anrechte entscheidend sein?

Befragte in Deutschland bewerten hohe Einkommen seltener als zu hoch

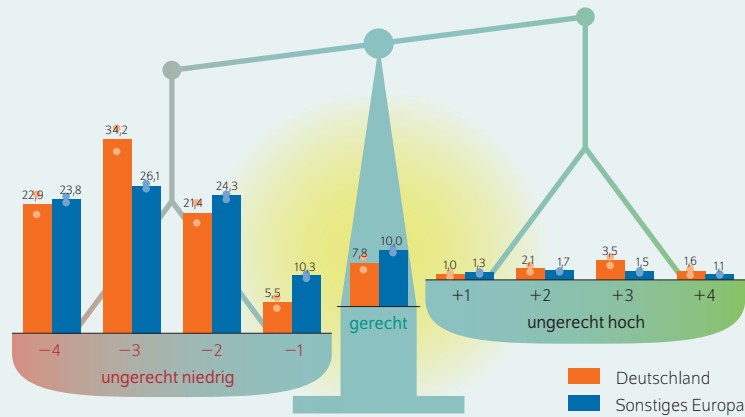
Insbesondere die Einkommen am oberen und unteren Rand der Einkommensverteilung, also sehr hohe und sehr niedrige Einkommen, sind häufig Gegenstand von Gerechtigkeitsdebatten. Um herauszufinden, wie die Befragten diese Einkommen wahrnehmen, erhielten sie Informationen zur Höhe der niedrigsten und der höchsten Bruttoerwerbseinkommen der Vollzeitangestellten in ihrem jeweiligen Land und wurden gebeten, diese zu bewerten (Kasten 2). Die Abfrage auf Basis objektiver Informationen zur Einkommensverteilung ermöglicht somit eine Einschätzung, als wie gerecht die tatsächliche Einkommensspanne im jeweiligen Land empfunden wird.

Befragungsergebnisse einer deutschen Erwerbstätigenbefragung aus dem Jahr 2017 haben bereits gezeigt, dass die Bruttoerwerbseinkommen am unteren Ende der Einkommensverteilung übereinstimmend als ungerecht wahrgenommen werden.³ Auch in der aktuellen ESS-Befragung bewertet ein Großteil der Befragten in Deutschland niedrige Einkommen, wie sie die untersten zehn Prozent der Vollzeiterwerbseinkommen erhalten (in Deutschland ein Bruttomonatseinkommen von unter 1700 Euro), als ungerechterweise zu niedrig. Dies entspricht dem europäischen

3 Adriaans und Liebig (2018), a. a. O.

Abbildung 2

Gerechtigkeitsbewertung niedriger Bruttoerwerbseinkommen In Prozent



Anmerkung: Die Punkte an den Balken weisen die untere und obere Grenze des 95-Prozent-Konfidenzintervalls aus.

Quelle: European Social Survey, Welle 9 (2018): n = 30 807 (Deutschland: n = 2 107, sonstiges Europa: n = 28 700), gewichtet.

© DIW Berlin 2019

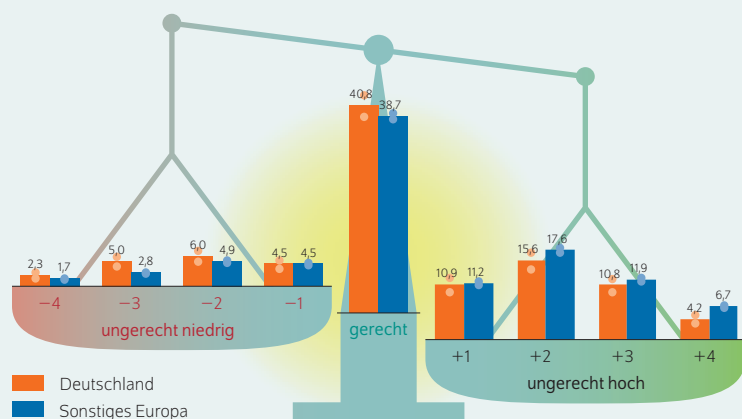
Niedrige Einkommen werden in Deutschland und im restlichen Europa übereinstimmend als ungerechterweise zu niedrig bewertet.

Durchschnitt (Abbildung 2): 84 Prozent in Deutschland und ebenfalls 84 Prozent im sonstigen Europa sehen ein solches Einkommen als zu gering an. Nur eine kleine Minderheit von acht Prozent der Befragten in Deutschland (zehn Prozent im sonstigen Europa) bewerten sie als gerecht. Anhand der vorgegebenen Antwortkategorien konnten die Befragten auch angeben, wie stark sie die Ungerechtigkeit einschätzen. Die empfundene Intensität der ungerechten Unterbezahlung ist in Deutschland demnach tendenziell etwas größer als im europäischen Durchschnitt.

Deutlichere Unterschiede zwischen Deutschland und dem europäischen Mittel zeigen sich bei der Bewertung hoher Einkommen, wie sie die obersten zehn Prozent der Vollzeitbeschäftigten verdienen. Dies entspricht einem Bruttomonatseinkommen von über 5 800 Euro in Deutschland (Abbildung 3). 41 Prozent der Befragten in Deutschland und 39 Prozent der Befragten im Rest Europas schätzen solch hohe Einkommen durchaus als gerecht ein – wohingegen 42 Prozent in Deutschland und 47 Prozent im sonstigen Europa solche Einkommen als ungerechterweise zu hoch bewerten. Im Vergleich mit deutschen Befragten nehmen die ESS-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer aus den anderen europäischen Ländern im Schnitt hohe Einkommen deutlicher als ungerechte Überbezahlung wahr. Schließlich bewerten sogar 18 Prozent der Deutschen die hohen Einkommen in ihrem Land als zu niedrig, was nur 14 Prozent der Befragten im Rest Europas so sehen.

Abbildung 3

Gerechtigkeitsbewertung hoher Bruttoerwerbseinkommen In Prozent



Anmerkung: Die Punkte an den Balken weisen die untere und obere Grenze des 95-Prozent-Konfidenzintervalls aus.

Quelle: European Social Survey, Welle 9 (2018): n = 30 807 (Deutschland: n = 2 107, sonstiges Europa: n = 28 700), gewichtet.

© DIW Berlin 2019

Deutsche bewerten im europäischen Vergleich hohe Einkommen seltener als zu hoch.

Während Befragte in Deutschland die Erwerbseinkommen am unteren Ende der Verteilung zwar eindeutig als zu niedrig bewerten und sich darin mit den Befragten in den anderen europäischen Ländern einig sind, unterscheiden sie sich darin, die Einkommen am oberen Ende der Einkommensspanne eher als gerecht anzusehen – in dem Fall handelt es sich um „gerechte Ungleichheiten“.

Je höher das eigene Einkommen, umso gerechter wird es empfunden

Doch wie bewerten die Befragten – in Deutschland wie im Rest Europas – ihre eigene Einkommenssituation? Hier zeigt sich zunächst ein durchaus positives Bild (Abbildung 4). Rund 49 Prozent der Befragten in Deutschland schätzen ihr eigenes Bruttoerwerbseinkommen als gerecht ein. Im sonstigen Europa sind es mit etwa 45 Prozent etwas weniger. Während sich nur ein sehr geringer Anteil ungerechterweise überbezahlt fühlt, schätzen 45 Prozent der Befragten in Deutschland (50 Prozent im sonstigen Europa) ihr Bruttogehalt als ungerechterweise zu niedrig ein.

Die Bewertung des eigenen Einkommens hängt dabei – wie zu erwarten – mit der eigenen Einkommensposition zusammen. Der Anteil jener, die ihr eigenes Bruttoeinkommen als gerecht bewerten, nimmt europaweit mit steigendem Bruttoeinkommen zu. Liegt der Anteil der gerecht bezahlten Personen im untersten Fünftel der Einkommensverteilung bei rund 35 Prozent, steigt dieser Anteil auf rund 63 Prozent bei den Personen im obersten Fünftel der Verteilung (Abbildung 5).

Kasten 1

Datengrundlage

Das European Social Survey (ESS) ist eine länderübergreifende Befragung, die seit 2002 im Zwei-Jahres-Rhythmus durchgeführt wird. In jeder Welle des ESS werden für alle beteiligten Länder repräsentative Bevölkerungsstichproben gezogen. Ein Teil der Fragen bleibt dabei in jeder Welle gleich und wird durch Fragen zu wechselnden thematischen Schwerpunkten ergänzt. Dabei werden im ESS sehr hohe methodische Standards sowohl bei der Erstellung des Fragebogens als auch bei der Stichprobenziehung und Datenerhebung eingehalten. Die Daten werden allen interessierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auf Anfrage zur Verfügung gestellt.¹ In der neuesten, in Deutschland zwischen September 2018 und März 2019 durchgeführten Befragungsrunde wurden die Teilnehmenden erstmals ausführlich zu ihren Einstellungen in Bezug auf soziale Gerechtigkeit und Fairness interviewt.² In Deutschland wurden dafür 2 358 Personen befragt; zusammen mit den anderen europäischen TeilnehmerInnen beruht dieser Bericht auf Angaben von 33 972 Befragten.³ Die 9. Welle des ESS bietet somit repräsentative Daten, die einen einmaligen, vergleichenden Blick auf die Wahrnehmung von Gerechtigkeit in Europa erlauben.

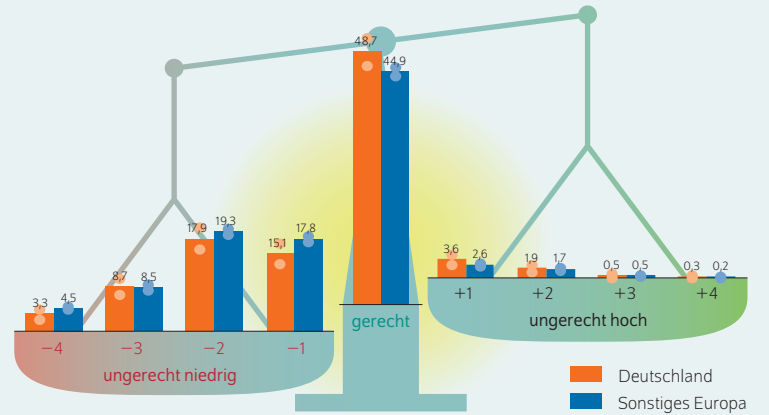
1 Siehe zum Beispiel Christian Schnaudt et al. (2014): The European Social Survey: Contents, Design, and Research Potential. Schmollers Jahrbuch 134, 487–506. Nach vorheriger Registrierung können die Daten online abgerufen werden (online verfügbar).
 2 European Social Survey (2018): ESS Round 9 Module on Justice and Fairness – Question Design Final Module in Template, London: ESS ERIC Headquarters, City, University of London.
 3 Für die Kategorie „Sonstiges Europa“ wurden in diesem Bericht Daten aus folgenden Ländern verwendet: Belgien, Bulgarien, Estland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Schweiz, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern. Dieser Bericht beruht auf der Datensatzversion ESS9 v1.0.

Auch in Deutschland steigt der Anteil derjenigen, die sich gerecht entlohnt fühlen, mit dem eigenen Einkommen stetig an. Am unteren Ende der Einkommensverteilung zeigt sich jedoch eine bemerkenswerte Abweichung zu den europäischen Ergebnissen: Befragte, deren monatliches Bruttoerwerbseinkommen zu den niedrigsten 20 Prozent in Deutschland zählt, bewerten ihr eigenes Bruttoeinkommen zu 51 Prozent überraschend häufig als gerecht. Beschränkt man jedoch die Untersuchungspersonen auf Vollzeitbeschäftigte, sinkt dieser Anteil auf 36 Prozent. Dass in Deutschland die Geringverdienenden ihre Einkommen so unerwartet positiv bewerten, lässt sich somit weitgehend durch einen großen Anteil von Teilzeitkräften in dieser Gruppe erklären, die ihr niedriges monatliches Einkommen angesichts der geringeren Zahl der Arbeitsstunden als gerecht ansehen.⁴

4 Der Anteil der Teilzeitarbeitskräfte ist in Deutschland deutlich höher als im europäischen Vergleich. Siehe hierzu Dietmar Hobler, Svenja Pfahl und Sandra Horvath (2017): Teilzeitquoten im Europavergleich 2002–2016. WSI GenderDatenPortal, Hans-Böckler-Stiftung (online verfügbar).

Abbildung 4

Gerechtigkeitsbewertung des eigenen Bruttoerwerbseinkommens In Prozent



Anmerkung: Die Punkte an den Balken weisen die untere und obere Grenze des 95-Prozent-Konfidenzintervalls aus.
 Quelle: European Social Survey, Welle 9 (2018): n = 17 432 (Deutschland: n = 1 322, sonstiges Europa: n = 16 110), gewichtet.

© DIW Berlin 2019

Das eigene Bruttoeinkommen wird von knapp der Hälfte der europäischen Befragten als gerecht eingeschätzt, ein großer Anteil bewertet es aber auch als zu niedrig.

Betrachtet man den Zusammenhang zwischen Einkommensposition und Gerechtigkeitsbewertung des eigenen Bruttoeinkommens genauer, fällt auf: Ab dem dritten Quintil verläuft die Linie in Deutschland deutlich steiler als im europäischen Durchschnitt (Abbildung 5). Dies bedeutet, dass in Deutschland der Anteil derjenigen, die sich gerecht entlohnt fühlen, stärker mit der eigenen Einkommensposition steigt. Im restlichen Europa hängt dagegen die Bewertung des eigenen Einkommens weniger stark mit der eigenen Position in der Einkommensverteilung zusammen. Diese Unterschiede deuten möglicherweise darauf hin, dass in Deutschland Einkommensvergleiche mit anderen besonders relevant für die Bewertung des eigenen Einkommens sind.

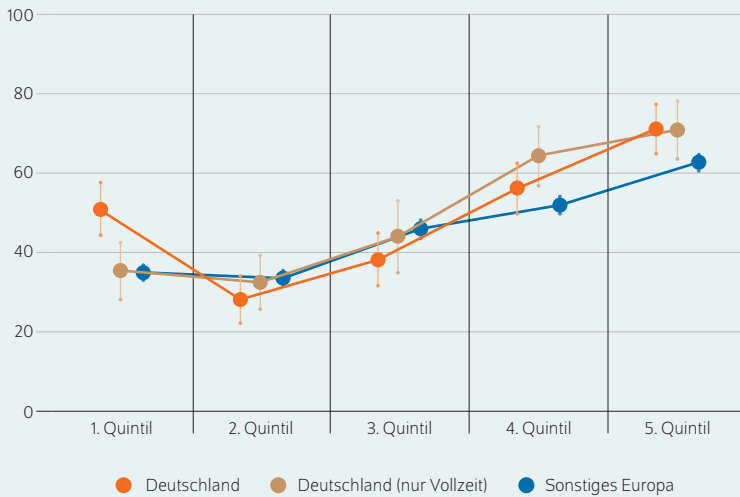
Deutsche befürworten im europäischen Vergleich stärker eine Bedarfsabsicherung

Wovon hängt es ab, ob Ungleichheiten – wie bei aus Erwerbstätigkeit resultierenden Einkommen – als gerecht oder ungerecht bewertet werden? Ein Grund liegt darin, dass diese Verteilungsergebnisse den normativen Vorstellungen, nach welchen Prinzipien Güter und Lasten in einer Gesellschaft verteilt werden sollten, zuwiderlaufen oder damit übereinstimmen.

In der empirischen Gerechtigkeitsforschung werden vier grundlegende Verteilungsprinzipien unterschieden: Das Gleichheitsprinzip fordert, Güter und Lasten gleich zu verteilen. Dem Bedarfsprinzip entspricht eine Verteilung, die grundlegende Bedürfnisse deckt. Das Leistungsprinzip fordert, denjenigen mehr zu geben, die höhere Leistungen erbracht haben. Schließlich werden nach dem

Abbildung 5

Anteil gerechtes Bruttoerwerbseinkommen nach Bruttoeinkommensquintilen
In Prozent



Anmerkungen: Einkommensquintile für erwerbstätige Befragte in Deutschland: unter 1400 Euro (1. Quintil), 1400 bis unter 2 500 Euro (2. Quintil), 2 500 bis unter 3 300 Euro (3. Quintil), 3 300 bis unter 4 900 Euro (4. Quintil), über 4 900 Euro (5. Quintil). Einkommensquintile für vollzeitbeschäftigte Befragte in Deutschland: unter 2 200 Euro (1. Quintil), 2 200 bis unter 3 100 Euro (2. Quintil), 3 100 bis unter 3 800 Euro (3. Quintil), 3 800 bis unter 5 000 Euro (4. Quintil), über 5 000 Euro (5. Quintil). Die Striche an den Punkten weisen die untere und obere Grenze des 95-Prozent-Konfidenzintervalls aus.

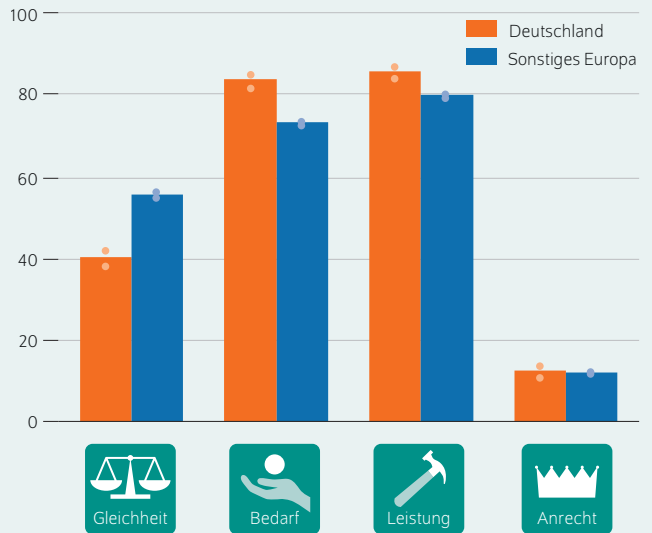
Quelle: European Social Survey, Welle 9 (2018): n = 12 012 (Deutschland: n = 1 104, sonstiges Europa: n = 10 908), gewichtet.

© DIW Berlin 2019

Der Zusammenhang zwischen Einkommensposition und Gerechtigkeitsbewertung des eigenen Bruttoeinkommens ist in Deutschland besonders stark ausgeprägt.

Abbildung 6

Zustimmung zu Verteilungsprinzipien
In Prozent



Anmerkungen: Alle vier Verteilungsprinzipien konnten bewertet werden mit (1) „Stimme stark zu“, (2) „Stimme zu“, (3) „Weder noch“, (4) „Lehne ab“, (5) „Lehne stark ab“. Dargestellt ist der relative Anteil an Befragten, die einem Prinzip zustimmen, das heißt entweder den Skalenwert 1 oder 2 angaben. Die Punkte an den Balken weisen die untere und obere Grenze des 95-Prozent-Konfidenzintervalls aus.

Quelle: European Social Survey, Welle 9 (2018): n = 32 277 (Deutschland: n = 2 291, sonstiges Europa: n = 29 986), gewichtet.

© DIW Berlin 2019

Im europäischen Vergleich stimmen Deutsche häufiger dem Leistungs- und dem Bedarfsprinzip und seltener dem Gleichheitsprinzip zu.

Anrechtsprinzip Güter und Lasten anhand von Statusmerkmalen wie Familienansehen oder Herkunft verteilt – hier spielen in der Vergangenheit Erreichtes oder die Herkunft eine Rolle.⁵ Neben der Bewertung des eigenen Einkommens und der Einkommensspanne wurden die Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmer auch gefragt, wie stark sie diesen vier Gerechtigkeitsprinzipien jeweils zustimmen (Kasten 2).

Grundsätzlich zeigen sich zwar ähnliche Bewertungsmuster in Deutschland und dem Rest Europas (Abbildung 6): Das Leistungsprinzip und das Bedarfsprinzip finden die breiteste Unterstützung, dem Gleichheitsprinzip stehen die Bürgerinnen und Bürger hingegen eher ambivalent gegenüber und das Anrechtsprinzip wird in der Regel abgelehnt. Im Detail zeigen sich aber Bewertungsunterschiede: Befragte in Deutschland stimmen im europäischen Vergleich häufiger dem Bedarfs- und dem Leistungsprinzip zu. Das Gleichheitsprinzip wird hingegen in Deutschland vergleichsweise seltener unterstützt.

⁵ Sebastian Hülle, Stefan Liebig und Maïke Janina May (2018): Measuring attitudes toward distributive justice: the basic social justice orientations scale. *Social Indicators Research*, Vol. 136(2), 663–692; Philipp Eisnecker, Jule Adriaans und Stefan Liebig (2018): Was macht Gerechtigkeit aus? Deutsche WählerInnen befürworten über Parteigrenzen hinweg das Leistungs- und das Bedarfsprinzip. *DIW aktuell* Nr. 17 (online verfügbar).

Betrachtet man die Zustimmung zu den vier Prinzipien differenziert nach Haushaltsnettoeinkommen zeigt sich für Bedarf, Leistung und Anrecht ein recht stabiles Bild (Abbildung 7). Personen mit hohen Einkommen, die finanziell gut abgesichert sind, unterstützen ebenso eindeutig das Bedarfsprinzip wie Personen ganz unten in der Verteilung. Das Anrechtsprinzip, von dem eher jene profitieren, die bereits oben stehen, wird von Personen mit hohen Einkommen ebenso deutlich abgelehnt wie vom Rest der Verteilung. Dies legt nahe, dass die Präferenz für die Verteilungsprinzipien Bedarf und Anrecht nicht primär durch Eigeninteresse geprägt ist. Lediglich das Gleichheitsprinzip, welches starke Umverteilung für höhere Einkommen bedeuten würde, findet in den oberen Einkommensschichten deutlich seltener Zustimmung. Eine Verteilung nach dem Leistungsprinzip gilt in allen Einkommensgruppen als gerecht.

Fazit: Bedarfs- und leistungsgerechte Löhne stärken

Die Ergebnisse der Befragungen zeigen sehr starke Ähnlichkeiten zwischen Deutschland und dem europäischen Durchschnitt. So werden beispielsweise die niedrigen Einkommen überall als ungerechterweise zu niedrig bewertet. Relativ einig ist man sich auch, dass Güter und Lasten in

Abbildung 7

Zustimmung zu Verteilungsprinzipien nach Haushaltsnettoeinkommen
In Prozent



Anmerkungen: Die vier Prinzipien konnten bewertet werden mit (1) „Stimme stark zu“, (2) „Stimme zu“, (3) „Weder noch“, (4) „Lehne ab“, (5) „Lehne stark ab“. Dargestellt ist der relative Anteil an Befragten, die einem Prinzip zustimmen, das heißt entweder den Skalenwert 1 oder 2 angaben. Einkommensquintile für Haushalte in Deutschland: unter 1 600 Euro (1. Quintil), 1 600 bis unter 2 350 Euro (2. Quintil), 2 350 bis unter 3 200 Euro (3. Quintil), 3 200 bis unter 4 500 Euro (4. Quintil), über 4 500 Euro (5. Quintil). Die Striche an den Punkten weisen die untere und obere Grenze des 95-Prozent-Konfidenzintervalls aus.

Quelle: European Social Survey, Welle 9 (2018): n = 27 116 (Deutschland: n = 2 049, sonstiges Europa: n = 25 067), gewichtet.

© DIW Berlin 2019

Dem Gleichheitsprinzip wird umso seltener zugestimmt, je höher die eigene Einkommensposition ist. Bei der Bewertung des Bedarfs-, Leistungs- und Anrechtsprinzips zeigt sich hingegen kein Zusammenhang mit der Einkommensposition.

einer Gesellschaft nach den Kriterien Bedarf und Leistung verteilt werden sollten.

Trotz vieler Übereinstimmungen gibt es aber auch Abweichungen: Unterschiede gibt es bei der Bewertung des eigenen Einkommens. Zwar steigt europaweit mit dem eigenen Einkommen auch der Anteil derjenigen, die sich gerecht entlohnt fühlen. Aber in Deutschland ist dieser Zusammenhang

besonders stark ausgeprägt, was auf eine hohe Relevanz der eigenen Einkommensposition hinweist.

Außerdem werden in Deutschland die obersten zehn Prozent der Einkommen seltener als ungerechterweise zu hoch bewertet als im restlichen Europa. Damit nehmen insbesondere Befragte aus Deutschland eine Spreizung der Erwerbseinkommen nicht per se als ungerecht wahr. Dies

Kasten 2

Gerechtigkeitsbewertungen

Einkommensverteilung und eigenes Einkommen

Die Bewertung der Einkommensverteilung wurde in zwei Schritten erhoben: Die Befragten wurden zunächst gebeten, an die zehn Prozent der höchstverdienenden Vollzeitangestellten in ihrem Befragungsland zu denken und die Gerechtigkeit dieser Einkommen zu bewerten. Um die Bewertungen zwischen Personen (und Ländern) vergleichbar zu machen, wurden den Befragten Kontextinformationen zum tatsächlichen Bruttoverdienst der obersten zehn Prozent im Befragungsland präsentiert. In Deutschland betrug dieser beispielsweise über 5 800 Euro. Die Gerechtigkeitsbewertung erfolgte anhand einer neunstufigen Skala von -4 (äußerst ungerecht niedrig) bis +4 (äußerst ungerecht hoch). Die Skalenmitte (0) markiert eine gerechte Bezahlung. Eine Frage lautete beispielsweise: „Bitte denken Sie an die obersten zehn Prozent der Vollzeitbeschäftigten in Deutschland, die mehr brutto als 5 800 Euro pro Monat verdienen. Würden Sie sagen, dass diese Einkommen ungerecht niedrig, gerecht oder ungerecht hoch sind? Bitte denken Sie ganz allgemein an die Menschen, die Einkommen in dieser Höhe erhalten“ (Tabelle).

Mit Hilfe derselben Antwortskala wurden die Teilnehmenden gebeten, ihre Einschätzungen bezüglich der untersten zehn Prozent der Einkommen der Vollzeitangestellten in ihrem Land abzugeben. Auch für diese Abfrage wurden Kontextinformationen zum tatsächlichen Einkommen präsentiert (unter 1 700 Euro für Deutschland).

Erwerbstätige Befragte bewerteten ebenfalls die Gerechtigkeit ihres eigenen Bruttoerwerbseinkommens. Auch diese Einschätzung konnte anhand der neunstufigen Skala von -4 (äußerst ungerecht niedrig) bis +4 (äußerst ungerecht hoch) abgestuft werden. Die Skalenmitte (0) markiert dabei eine gerechte Bezahlung.

Prinzipien der gerechten Verteilung

Die Zustimmung zu den vier Verteilungsprinzipien¹ wurde über je eine Aussage pro Prinzip gemessen.

- *Gleichheitsprinzip:* „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Einkommen und Vermögen gleichmäßig auf alle Menschen verteilt sind.“
- *Leistungsprinzip:* „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn hart arbeitende Menschen mehr verdienen als andere.“
- *Bedarfsprinzip:* „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn sie sich um Arme und Bedürftige kümmert, unabhängig davon, was diese der Gesellschaft zurückgeben.“
- *Anrechtsprinzip:* „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Menschen aus Familien mit hoher gesellschaftlicher Stellung Privilegien in ihrem Leben genießen.“

Befragte konnten ihre Zustimmung oder Ablehnung mit Hilfe von fünf Antwortkategorien abstimmen: (1) „Stimme stark zu“, (2) „Stimme zu“, (3) „Weder noch“, (4) „Lehne ab“, (5) „Lehne stark ab“. Die Antwortkategorien (1) und (2) werden in diesem Bericht als Zustimmung zusammengefasst.

Tabelle

Neunstufige Skala zur Gerechtigkeitsbewertung

Ungerecht niedrige(s) Einkommen				gerechte(s) Einkommen	Ungerecht hohe(s) Einkommen			
äußerst ungerecht	sehr ungerecht	etwas ungerecht	ein wenig ungerecht		ein wenig ungerecht	etwas ungerecht	sehr ungerecht	äußerst ungerecht
-4	-3	-2	-1	0	+1	+2	+3	+4

Quelle: Eigene Darstellung.

© DIW Berlin 2019

¹ Die Abfrage folgt Sebastian Hülle, Stefan Liebig und Meike J. May (2018): Measuring Attitudes Toward Distributive Justice: The Basic Social Justice Orientations Scale. Social Indicators Research 136(2), 663–692.

spiegelt sich auch in der Bewertung der Verteilungsprinzipien wider. Deutschland befürwortet häufiger als der europäische Durchschnitt das Leistungsprinzip. Ungleiche Einkommen gelten durchaus als legitim, wenn sie auf anerkannten Verteilungsprinzipien basieren.⁶ Insgesamt ist die Gleichheitsorientierung in Deutschland deutlich geringer als im restlichen Europa.

Zu niedrige Einkommen verstoßen gegen das besonders in Deutschland breit befürwortete Bedarfsprinzip und werden entsprechend übereinstimmend als ungerechterweise zu niedrig bewertet. Vollzeitbeschäftigte, die ihren Bedarf nicht sichern können, entsprechen auch nicht der Vorstellung

einer leistungsgerechten Entlohnung. Gerade in Deutschland ist der Niedriglohnbereich aber sehr groß. Mit dem Mindestlohn wurde in Deutschland zwar ein Instrument zur Anhebung der Löhne am unteren Rand der Einkommensverteilung geschaffen, dieser wird jedoch nicht in allen Beschäftigungsverhältnissen auch ausbezahlt.⁷ So ist die Zahl der AufstockerInnen unter den Hartz-IV-Berechtigten trotz guter Konjunktur und Einführung des Mindestlohns kaum gesunken. Bedarfs- und leistungsgerechte Löhne sowie eine stärkere Kontrolle der Einhaltung des Mindestlohns sind nötig, damit die Ungleichheit bei den Erwerbseinkommen nicht als zu ungerecht empfunden wird.

⁶ Einschränkung ist anzumerken, dass die Untersuchung keine Aussage über die Bewertung von extrem hohen Einkommen zulässt, wie sie etwa die obersten ein Prozent in der Einkommensverteilung verdienen.

⁷ Alexandra Fedorets, Markus M. Grabka und Carsten Schröder (2019): Mindestlohn: Nach wie vor erhalten ihn viele anspruchsberechtigte Beschäftigte nicht. DIW Wochenbericht Nr. 28, 483–491 (online verfügbar).

GERECHTIGKEIT

Jule Adriaans ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | jadriaans@diw.de

Philipp Eisnecker ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | peisnecker@diw.de

Stefan Liebig ist Direktor der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel sowie wissenschaftliches Vorstandsmitglied des DIW Berlin | sliebig@diw.de

JEL: D31, D63, J30

Keywords: Europe, Earnings Justice, Principles of Justice, Social Justice

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 44+45/2019:

www.diw.de/diw_weekly



IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

86. Jahrgang 6. November 2019

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff;
Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Aline Zucco; Dr. Mathias Huebener

Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Anna Hammerschmid; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor;
Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter